



SPD Kreistagsfraktion Ebersberg – Bgm.-Deffner-Straße 16 – 85586 Poing

Herrn
Landrat Robert Niedergesäß
Landratsamt Ebersberg
Eichthalstr. 5
85560 Ebersberg

Albert Hingerl
Fraktionssprecher

Bgm.-Deffner-Straße 16
85586 Poing
Tel 08121-977 178
Fax 08121-977 179
Mobil 0170-22 33 4 76
Email: hingerl@hingerl.de

Poing, 21.6.2017

Hilfe bei der Suche nach Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber durch den Landkreis

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion beantragt die Einrichtung einer überörtlichen, landkreisweit tätigen Stelle für die Suche von geeignetem Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber, um die Helferkreise, die Asylbewerber und die Kommunen selbst bei der Suche nach geeigneten Wohnungen zu unterstützen.

Als wichtige Bereiche der Aufgabenstellung sieht die Fraktion der SPD:

- Sammeln verfügbarer Wohnungsangebote kommunaler und privatwirtschaftlicher Wohnungsanbieter in den Kommunen des Landkreises,
- Beraten der Wohnungsanbieter bei der Vermietung ihrer Immobilien an diese Zielgruppe,
- Unterstützung der Flüchtlinge und Asylbewerber bei der Suche nach Wohnraum sowie bei der Anmietung und
- Beraten der ehrenamtlichen Helfer, welche den Flüchtlingen zur Seite stehen.

Begründung:

Im Landkreis Ebersberg leben 1.076 Flüchtlinge und Asylbewerber in 43 dezentralen Gemeinschaftsunterkünften (Stand Dezember 2016). Um den Menschen in unserem Landkreis eine gute Unterkunft zu bieten und sie menschenwürdig zu betreuen, sind die Landkreisverwaltungen, die Kommunen und vor allem auch die ehrenamtlich helfenden Bürger bis an ihre Grenzen gefordert.

Inzwischen mehren sich die Anfragen zu günstigem Wohnraum, wenn die Asylbewerber und Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung die zugewiesenen Unterkünfte verlassen (müssen). Denn nicht nur die Zahl der Asylbewerber steigt, sondern auch die Zahl der sogenannten „Fehlbeleger“, die nach ihrer Anerkennung eigentlich eine eigene Wohnung beziehen könnten, aufgrund der derzeitigen Lage am Wohnungsmarkt aber nicht zum Zug kommt.

Bayernweit liegt die Zahl der Fehlbeleger derzeit bei rund 33.000, davon rund 350 in unserem Landkreis, Tendenz bis Ende des Jahres deutlich steigend. Für sie wird dringend bezahlbarer Wohnraum benötigt. Vielenorts übersteigt die Nachfrage das Angebot an verfügbaren Wohnungen, sodass die Menschen in den staatlichen Unterkünften verbleiben, da sonst die Obdachlosigkeit droht. Damit stehen nicht nur die Wohnungssuchenden vor einer großen Herausforderung, sondern auch die Kommunen selbst, da sie zur Unterbringung von Obdachlosen verantwortlich sind.

Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, haben sich in verschiedenen bayerischen Kommunen spezielle Wohnraumberater für diese Zielgruppe etabliert, beispielsweise in Mühldorf am Inn. Hier wurde beim BRK eine durch den Landkreis bezuschusste Stelle geschaffen, die im Landkreis leerstehende und neu zu vermietende Wohnungen erfasst, mit den Vermietern in Kontakt tritt und diese Wohnungen an anerkannte Asylbewerber vermittelt. Gleichzeitig werden die Migranten sensibilisiert für die Anforderungen an sie als Mieter, rechtliche Aspekte sowie Regeln des Zusammenlebens, beispielsweise in Mehrfamilienhäusern. Dieses Konzept – ebenso wie ein ähnlich gestaltetes Modell in Neusäß - ist sehr erfolgreich und kann als gelungenes Vorbild für eine Wohnraumberatung auch im Landkreis Ebersberg dienen.



Albert Fingert
Fraktionssprecher



Doris Rauscher
Kreisrätin